



Medienmitteilung

Zürich, 02.10.2025

Beschlüsse der Kommissionen

STGK: Praxisänderung bei der Veröffentlichung der Privatadresse

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von GLP, SVP, SP, FDP und Mitte betreffend «Wahrung aller politischen Rechte ohne zwingende Veröffentlichung der Privatadresse» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 104/2024](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat gebeten zu prüfen, wie politisch engagierte Personen, ihre politischen Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können, ohne zwingend Angaben veröffentlichen zu müssen, die ihre persönliche Sicherheit gefährden und sie Hass, Belästigungen oder Drohungen aussetzen könnten. Der Regierungsrat kommt dem Begehren der Postulanten nach. Ab sofort können Mitglieder von kantonalen Initiativkomitees eine von der Privatadresse abweichende Adresse angeben. Die betroffenen Rechtsgrundlagen will die Regierung in einem zweiten Schritt anpassen, abgestimmt auf die Bundesgesetzgebung, die zurzeit ausgearbeitet wird.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

STGK: Postulat zum Einsatz von KI in der Verwaltung soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Qualitätsanforderungen beim Einsatz von KI in der Verwaltung» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 323/2022](#)). Sie folgt damit dem Antrag des Regierungsrates. Mit dem Vorstoss verlangten GLP, SVP, SP, FDP, Grüne und Mitte vom Regierungsrat die qualitativen, rechtlichen und ethischen Anforderungen an die unterschiedlichen Kategorien von KI-Systemen in der kantonalen Verwaltung darzulegen. Der Regierungsrat schreibt in seinem Bericht, dass ein entsprechendes Projekt eingeleitet ist, und verweist auf Erkenntnisse aus einer von der Staatskanzlei in Auftrag gegebenen [KI-Studie](#) («Einsatz künstliche Intelligenz in der Verwaltung: rechtliche und ethische Fragen»). Aufgrund dieser Studie wurde bei der laufenden Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) auch eine Bestimmung aufgenommen, die vorsieht, dass öffentliche Organe offenlegen, welche grundrechtlich relevanten algorithmischen Entscheidungssysteme sie nutzen.

STGK-Präsidentin: Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), 079 831 60 67

KEVU: Postulat zur ZVV-Grundversorgung soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat der Grünen betreffend «ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 88/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, die Erschliessung von Siedlungsgebieten gemäss der ZVV-Angebotsverordnung sicherzustellen. In seiner Antwort hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton Zürich bereits heute zum allergrössten Teil angemessen, in geeigneter Form und



guter Qualität durch den ÖV erschlossen ist. Gebiete und Orte ohne ÖV-Anschluss gibt es nur sehr wenige. Besonders in nachfrageschwachen Gebieten und zu Randstunden stellt sich aufgrund des gesetzlichen und politischen Auftrags des ZVV aber auch die Frage der Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Verkehrsangebots bzw. der Verhältnismässigkeit des Einsatzes öffentlicher Gelder. Für gewisse Verbindungen wurden bereits verschiedene alternative Angebote eingeführt.

KEVU-Präsident: Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), 079 385 51 84

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.